

Postulat über Zutrittsverweigerungen in Luzerner Clubs aufgrund rassistischer Motive

eröffnet am 23. März 2010

Ich bitte den Regierungsrat, darüber Bericht zu erstatten, welche Massnahmen er zu ergreifen gedenkt, damit in Luzerner Clubs nicht mehr Zutrittsverweigerungen aufgrund rassistischer Motive praktiziert werden können.

Begründung:

Den Medien war in letzter Zeit zu entnehmen, dass in Luzern Menschen aufgrund äusserlicher Merkmale wie Hautfarbe oder sonstiges Aussehen nicht in Clubs eingelassen werden. Betroffene haben keine Chancen, sich dagegen auf juristischem Weg zu wehren, obschon solche Eintrittsverweigerungen verfassungs- und strafrechtlich verboten sind. Die Luzerner Regierung muss hier ein Zeichen setzen, indem sie dahin wirkt, dass jedwelchen Diskriminierungen konsequent begegnet wird. Beispielsweise interessiert konkret, ob sie Möglichkeiten sieht, solchen Betrieben und ihren Betreibern staatliche Bewilligungen zu entziehen, entweder für bestimmte Zeiten oder allenfalls gar für immer.

Eine unklare, willkürliche oder gar diskriminierende Einlasspraxis kann bei Bevölkerungsgruppen mit ohnehin schon tiefem gesellschaftlichem Status (beispielsweise bei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund) Frustrationen oder gar Gewaltbereitschaft bewirken. Dies kann handkehrum die Betreiber solcher Lokale veranlassen, ihre Zutrittskriterien zu verschärfen, was erst recht zu Eskalationen führt.

Diskriminierungen kommen allerdings nicht nur in Clubs, sondern auch in mehreren anderen Bereichen des menschlichen Zusammenlebens und -arbeitens vor. Darum muss der Regierungsrat rasch und entschlossen handeln.

Suntharalingam Lathan

Lorenz Priska

Zopfi-Gassner Felicitas

Pardini Giorgio

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Mennel Kaeslin Jacqueline

Steinhauser Margrit

Morf Hermann

Lötscher-Knüsel Trudi

Kiener Daniela

Mathis Oskar